

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaiberg

am 08. Mai 2019

Verhandelt: Gaiberg, den 08. Mai 2019, 19:00 Uhr

Anwesend:

- 1. Vorsitzende:** Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel
- 2. Gemeinderäte:** Aldenhoff, Tobias
Dr. Haider, Maximilian
Dr. Hennrich, Hans Jürgen
Dr. Mühleisen, Martin
Sauerzapf, Dieter
Schätzle, Rolf-Dieter
Schuh, Eric (ab 19.13 Uhr)
Senghas, Gunther
Trost, Alexander
Volkman, Matthias
Wallenwein, Daniel
- 3. Schriftführerin:** Angestellte Nina Wesselky
- 4. Beamte, Angestellte:** Hauptamtsleiter Alexander Wenning
Rechnungsamtsleiterin Tanja Edinger

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass durch Schreiben vom 30. April 2019 ordnungsgemäß geladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung wurde am 03. Mai 2019 in den Gemeinde-Nachrichten Nr. 18/2019 bekannt gemacht.

Das Kollegium ist beschlussfähig, weil 12 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: Gemeinderat Müller

nicht beurlaubt, oder aus anderen Gründen: -/-

zu Urkundspersonen wurden ernannt: Gemeinderat Dr. Hennrich
Gemeinderat Sauerzapf

T a g e s o r d n u n g

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 3/2019 vom 27. März 2019
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung Nr. 3/2019 vom 27. März 2019
3. Bekanntgaben der Verwaltung
4. Fragen und Anträge der Gemeinderäte
5. Bürgerfragestunde
6. Kriminalitätsentwicklung Gaiberg 2018 (Vortrag Polizeirevier Neckargemünd)
7. Eigenbetrieb der Wasserversorgung
- Finanzplanung 2018 – 2022 –
8. Neugestaltung Ortsmitte
- Mehrkosten Schlussrechnung Rohbauarbeiten –
9. Regularien für die Wahl der Bürgermeisterstellvertreter
10. Künftige Regelung bei Veranstaltungen im BürgerForum für Vorträge von Vereinen
11. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Gutachterausschusses auf die Stadt Sinsheim
12. Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und Stellplatz auf dem Grundstück Flst. Nr. 1073, Heidelberger Str. 12
13. Verschiedenes

**1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung
3/2019 vom 27. März 2019**

Gemeinderat Dr. Haider bedauert, dass bezüglich der Nutzung von Rathaushof und Toiletten durch politische Gruppierungen vor Wahlen, nicht im Protokoll erwähnt wurde, dass der Grünen Liste die Nutzung vor fünf Jahren nicht gestattet wurde. Jetzt hat man die Meinung geändert und anders entschieden. Zudem bemerkt er einen Rechtschreibfehler unter Tagesordnungspunkt 11., Absatz 2. Korrekt muss es hier weist, statt weißt lauten.

Gemeinderat Dr. Mühleisen bemängelt, dass unter Tagesordnungspunkt 3. Unterpunkt 3 steht, er hätte wegen der gefälltten Bäume im Talblick und der Heidelberger Str. angefragt. Dies ist nicht korrekt. Er fragte nach dem Baum in der Bergstraße.

Beschluss

Das Protokoll Nr. 3/2019 vom 27. März 2019 wird mit diesen Änderungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung Nr. 3/2019 vom 27. März 2019

- Kenntnisnahme des Protokolls der nichtöffentlichen Sitzung vom 27. Februar 2019

3. Bekanntgaben der Verwaltung

- Bezüglich Gemeinderat Schätzles Anfrage aus der letzten Sitzung wegen der Beleuchtung an der Treppenanlage am Feuerwehrhaus gibt die Vorsitzende bekannt, dass ein LED Leuchtmittel und Bewegungsmelder im Zuge der Elektroarbeiten an der Garage installiert werden. Gemeinderat Schätzle erwidert, dass er extra einen Dämmerungsschalter vorgeschlagen hatte, quasi statt einer Straßenlaterne, da ihm insbesondere Frauen berichtet haben, dass sie dort nachts in der Dunkelheit Angst haben.
- Zu Gemeinderat Dr. Mühleisens Frage aus der letzten Sitzung wie die E-Ladestation angenommen wird antwortet die Vorsitzende, dass es Statistiken dazu nur halbjährlich von der EnBW gibt. Bezüglich des Sachstandes zur Planung von Frau Orlandi sagt Müller-Vogel, dass die Überplanung des Bürgerforums bis Mitte Mai erwartet wird.
Bezüglich der angesprochenen Treppenanlagen in der neuen Ortsmitte wird in den nächsten Tagen ein Flugblatt für alle Haushalte in Gaiberg verteilt.
- Gemeinderat Dr. Haiders Anfrage aus der letzten Sitzung zur Kostensteigerung der Baustelle Ortsmitte befindet sich als Tagesordnungspunkt auf der heutigen Sitzung. Ebenso befindet sich die Wahl der Bürgermeisterstellvertreter heute zur Diskussion auf der Tagesordnung.
- Gemeinderat Senghas hatte die Schäden der L600 Richtung Bammental angesprochen. Diese sollte man nicht nur provisorisch richten und das mit Bammental absprechen. Dies läuft im Moment.
Zudem wurde angesprochen die Sammelcontainer evtl. in die Sparkassenräume zu stellen. Der dort befindliche Defibrillator soll raus und evtl. im Bereich des Rathauseinganges aufgehängt werden. Hier wäre er

dank besserer Beleuchtung auch sicherer vor Vandalismus. Aus diesem Grund wird auch vom Aufstellen von Containern für Batterien, Leuchtstoffröhren und Korben in den Sparkassenräumen abgesehen. Vielleicht könnte alternativ einmal vierteljährlich ein Sammeltermin im Bauhof angeboten werden.

Bezüglich der Anfrage zur Höhe des Schallschutzwalls im Bereich des Neubaugebietes teilte Herr Petri mit, dass es besser sei diese zu belassen wie geplant. Ein höherer Schallschutz sei immer besser für die Menschen die dort leben.

- Die Anregung von Gemeinderat Volkmann, für Veranstaltungen im Bürgerforum für die kein Eintritt verlangt wird, dieses künftig kostenfrei zur Verfügung zu stellen, findet sich ebenfalls als Punkt auf der Tagesordnung wieder.
- Was die Sachbeschädigungen durch Graffiti angeht wurden die Schuldigen gefunden. Sie werden die Schmierereien beseitigen und zudem noch Arbeitsstunden leisten.
- Die Bürgermeisterin ruft dazu auf mit Wildblumen Gutes zu tun. Jeder kann mithelfen, um ein positives Zeichen gegen den Vandalismus unter dem das Ortsbild zuletzt litt zu setzen. Sie schlägt den Bürgern vor, in ihrem Vorgarten oder in Blumenkästen und Pflanzschalen, Wildblumen zu säen. Den Pflanzsamen dazu erhält man im Rathaus. Jeder ist eingeladen sich ein Beutelchen abzuholen.
- Die Bürgermeisterin verliest eine Stellungnahme zur Ansiedlung eines Einkaufsmarktes, die Anlage zum Protokoll ist.

Gemeinderat Dr. Haider fragt, was bei der Verkehrsschau alles angesehen wird. Die Vorsitzende antwortet Themen werden sein: Die Geschwindigkeit im Bereich Panoramastr./ Heidelberger Str., der Spiegel in der Panoramastraße, ein eventuelles Parkverbot im Bereich der Fahrbahnverengung auf Höhe Hauptstraße 55, die Parksituation auf dem Festplatz, vor der Arztpraxis sowie in der Schillerstraße, die Beschilderung am Lindenplatz und die Frage ob es sich hier um einen Kreisverkehr handelt oder nicht sowie die Kölner Teller.

4. Fragen und Anträge der Gemeinderäte

Gemeinderat Wallenwein ist aufgefallen, dass das im Schaukasten der Gemeinde ausgehängte Amtsblatt nicht aktuell ist. Zuletzt war es sogar vier Wochen alt. Die Vorsitzende erklärt dies mit dem momentan hohen Krankenstand, wodurch seitens der Verwaltung viel zu stemmen ist. Die betreffende Mitarbeiterin erledigt im Moment 1,5 Jobs mit einer Teilzeitstelle.

Gemeinderat Aldenhoff spricht an, dass im Reilsheimer Weg gegenüber der Firma Gebert häufig Autos auf dem Gehweg und in der Kurve parken. Die Vorsitzende will dies an den Ordnungsdienst weitergeben. Gemeinderat Dr. Hennrich sagt, dass das oft so ist und dort viele Autos parken. Seine Frau hat deswegen bereits mit dem Ordnungsdienst gesprochen. Dieser sagt, man solle Fotos machen und an Hauptamtsleiter Wenning schicken um dann die Personen ansprechen zu können.

Gemeinderat Sauerzapf sagt, dass es früher viele Schaukästen für Vereine am Haus in der alten Ortsmitte gab. Man sollte darüber nachdenken ob und wo es Platz für neue Kästen gibt. Eine Litfaßsäule, wie von der grünen Liste vorgeschlagen, möchte er nicht.

Sauerzapf ist bekümmert wegen der Schmierereien in Gaiberg. Er macht sich Sorgen wegen des neuen Platzes in der Ortsmitte und fragt ob Videoüberwachung evtl. eine Möglichkeit wäre. Die Vorsitzende meint, dazu könne man Herrn Mackert vom Polizeirevier Neckargemünd im Anschluss fragen.

Gemeinderat Schätzle meint, bezüglich der Parkproblematik seien die angesprochenen Fotos die einzige Möglichkeit. Er habe dies auch in der Bergstraße gemacht und es würde helfen.

Die momentane Situation bezüglich der Nutzung gemeindeeigener Räume durch politische Gruppierungen vor Wahlen findet er unbefriedigend. Man sollte sich diesen Punkt noch einmal vornehmen. Er sieht beispielsweise kein Problem in Nutzung der Schule oder anderer neutraler Räume. Eventuell sollte man das Verbot auf das Wahllokal oder ähnliches beschränken. Dies soll auf der nächsten Sitzung nochmal behandelt werden.

Gemeinderat Dr. Mühleisen lässt Fotos eines Busses zeigen, welcher im Bereich der Streuobstwiesen abgestellt ist. Dieser sieht auf den ersten Blick gut aus, ist jedoch nicht fahrbereit und abgemeldet, es gibt aber einen Gas- und Elektroanschluss. Der ganze Bereich ist zunehmend vermüllt. Wem das Fahrzeug gehört steht an der Einstiegstür. Er fragt ob hier etwas unternommen wurde, woraufhin Herr Wenning erwidert, dass der Polizeivollzugsdienst den Eigentümer bereits angesprochen hätte. Der Bus soll heute, spätestens morgen, entfernt werden.

Gemeinderat Dr. Haider merkt an, dass die beschlossene Änderung bezüglich der Raumnutzung durch politische Gruppierungen nicht veröffentlicht wurde und fragt ob diese Regelung Teil der Ortssatzung sei. Der Hauptamtsleiter verneint dies und sagt es handle sich nur um einen Beschluss des Gemeinderates. Dr. Haider meint irgendwo stünde es und will nachsehen wo.

Weiterhin macht Dr. Haider sich Sorgen wegen eines Eternitzaunes in der Heidelberger Straße. Dieser sei sehr alt und er fragt ob es Vorschriften gibt, was man hier tun kann, damit keine Gefahr von diesem ausgeht. Die Vorsitzende will das prüfen.

Er fragt, ob die vorhin abgegebene Stellungnahme zur Ansiedlung eines Nahversorgers veröffentlicht wird, was Müller-Vogel bejaht. Sie wird im Amtsblatt sowie auf der Homepage veröffentlicht.

Dr. Haider zitiert aus einem in der RNZ erschienenen Artikel, Konstanz beschließt den Klimanotstand. Vielleicht könne man dies für Gaiberg aufgreifen.

Er verliest 2 Anträge der Grünen Liste, welche Anhang zum Protokoll sind.

Gemeinderat Senghas spricht mögliche Rampen oder den Fahrstuhl im Bereich der Ortsmitte und des Rathauses an. Er zeigt Pläne und Grafiken zu den möglichen Lösungen. Eventuell wäre eine Lösung mittels Rampen im Hinterhof des Rathauses bei den Treppen denkbar. Hier muss eine Höhendistanz von 2,55 Metern überwunden werden. Die Steigung der Rampen darf maximal 6% betragen, zudem müssen alle 6 Meter Zwischenpodeste eingebaut werden. Die Rampenlänge müsste daher 43 Meter betragen, zuzüglich 6 Podeste ergibt das eine Gesamtlänge von 53 Metern. Bei 1,20 Metern Breite ergibt das eine Fläche von 70 qm, wenn man eine Begrenzungsmauer dazurechnet sogar ca. 100 qm. Diese Lösung sei zwar günstiger als ein Fahrstuhl, verbrauche aber sehr viel Platz. Ab einem Meter Höhendistanz wird eher ein Fahrstuhl empfohlen.

Der Hauptamtsleiter und die Vorsitzende erwidern, das Problem sei bekannt und das Büro würde bereits planen. Am 22 Mai wird eine nichtöffentliche Gemeinderatssitzung stattfinden, in welcher Lösungen besprochen werden sollen.

Gemeinderat Volkmann sagt bezüglich der Arbeiten an der neuen Ortsmitte, dass jedem Haushalt ein Infoblatt welches im Rahmen des Dorfentwicklungsausschusses gestaltet wurde zugehen wird. Die Architekten werden den Bürgern Lösungen unterbreiten.

Wegen der Wahlplakate wurden alle politischen Gruppierungen angeschrieben. Ihrerseits wurden die Plakate am Samstag aufgehängt. Zwei wurden entfernt, zwei beschmiert, was unschön ist. Sollten Plakate an Stellen aufgehängt worden sein, an welchen sie nicht erlaubt sind möchte er gerne wissen wo, damit diese entfernt werden können. Er spricht beispielweise das Geländer in der Bammentaler Straße an und fragt ob sie dort hängenbleiben können.

Hauptamtsleiter Wenning erwidert, dass dazu eine Übereinkunft in der nichtöffentlichen Sitzung gefunden werden soll.

Gemeinderat Dr. Haider sagt in Österreich stellen die Gemeinden Tafeln zur Verfügung an welchen jeder Platz bekommt.

Gemeinderat Dr. Mühleisen betont, dass seitens ihrer Fraktion keine Ordnungswidrigkeit begangen wurde.

Volkmann sagt zudem, dass nach der letzten nichtöffentlichen Sitzung viele Bürger wegen des Pennys verunsichert waren. Er fragt sich wie diese an Informationen kommen und bittet um Stillschweigen bezüglich der in der nichtöffentlichen Sitzung besprochenen Themen.

Die Veranstaltung zum Stadtradeln findet am selben Tag statt wie die Veranstaltung der CDU, an der evangelischen Kirche. Volkmann fragt, ob sie, falls es regnet, in den Rathaushof umziehen dürfen. Dies wird seitens der Verwaltung bejaht.

Bezüglich des Vandalismus stellt Volkmann den Antrag, wenn die neue Ortsmitte fertig ist, hier Videoüberwachung zu installieren. Dies sollte auch in den Haushalt eingestellt werden.

Bürgermeisterin Müller-Vogel erwidert dies sei kritisch. Sie hätten sich auch bereits diesbezüglich informiert und man müsse das rechtlich prüfen.

Gemeinderat Schuh meint soetwas wäre sehr teuer, würde aber nichts verhindern.

Gemeinderat Senghas spricht noch die Sanierung der Fahrbahn der L600 Richtung Bammental wegen der Spurrillen an, sowie die Sanierung der Gaiberger Straßen. Er fragt, wann diese erfolgen soll. Der Hauptamtsleiter antwortet, dass er noch auf das Angebot wartet. Dieses sollte eigentlich bereits da sein.

5. Bürgerfragestunde

Herr Heinz fragt ob man das Angebot am Radnachmittag auf Elektroroller erweitern kann. Die Vorsitzende erwidert das könne man gerne versuchen und fragt ob er wisse, wen man fragen könnte. Herr Heinz meint es gäbe wohl ein Geschäft in der Franz-Knauff-Str. in Heidelberg.

Herr Gärtner spricht an, dass der Bereich des ehemaligen Schildes am Ortseingang vom Kreisverkehr kommend jetzt voller Wahlplakate ist. Er fragt, wann hier wieder ein neues Schild stehen wird. Zudem sei wegen Veranstaltungen oder von Circussen ständig alles voller Plakate aber jetzt würde so ein Aufriss gemacht. Die Grüne Liste merkt an, dass ihres entfernt wird.

Der Hauptamtsleiter sagt, dass jeder für die Plakatierung eine Genehmigung auf Antrag erhält. Wenn diese nicht vorliegt werden die Plakate entfernt. Das Eingangsschild war an der Halterung verfault. An einem neuen Entwurf wird gearbeitet.

6. Kriminalitätsentwicklung Gaiberg 2018 (Vortrag Polizeirevier Neckargemünd)

Herr Mackert (Leiter des Polizeireviers Neckargemünd) stellt dem Gemeinderat die Kriminalitätsentwicklung 2018 im Bereich des Polizeireviers Neckargemünd vor. Besonders auch die Entwicklung in Gaiberg.

Zunächst stellt er sich und die Schwerpunkte seiner momentanen Arbeit kurz vor und beginnt dann mit seinem Vortrag. Die verwendete Präsentation ist Anhang zum Protokoll. Insgesamt sind die Zahlen für Gaiberg gut. Der Landesschnitt liegt deutlich höher. Ein Schwerpunkt liegt bei Diebstahlsdelikten. Leider ist hier die Aufklärungsquote schlecht, weshalb eventuell präventiv gearbeitet werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt sind die sogenannten Vermögensdelikte bzw. Delikte im Zusammenhang mit Bestellungen.

Mackert gibt einen Exkurs zu Graffiti und Videoüberwachung. Zu bedenken sei, dass es den Tätern um Ruhm gehe.

Videoüberwachung ist nur an Kriminalitätsschwerpunkten erlaubt. Nur die Vermutung, dass dort etwas passieren könnte genügt nicht, da der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dann nicht eingehalten wird. Durch Videoüberwachung werden personenbezogene Daten erhoben, weshalb es genauer Regelungen bedarf.

Er erläutert kurz die verschiedenen Möglichkeiten der Überwachung.

Zudem ist ein Interventionskonzept nötig. Es muss eine Streife innerhalb kurzer Zeit vor Ort sein. Das Ganze ist sehr teuer und man benötigt mehrere Kameras.

Sollte dies nicht funktionieren und die Täter merken, dass es keine Konsequenzen gibt erreicht man eher einen gegenteiligen Effekt.

Mackert sagt, das aktuelle Geschehen sei zwar ärgerlich, biete aber keine Grundlage zur Speicherung personenbezogener Daten.

Gemeinderat Volkmann fragt nach, ob analysiert wurde, was gesprayt wurde, was Mackert verneint. Volkmann weist darauf hin, dass es einen rassistischen Hintergrund gibt. Mackert will das prüfen und mit dem Kollegen der den Fall bearbeitet sprechen. Er meint aber, dass Rassismus bei Jugendlichen anders zu bewerten sei als bei Erwachsenen.

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt, wie Mackert Graffiti mit Nazisymbolen durch unbekannte Täter bewerten würde, ob dies oft Jugendliche seien und ob es häufig wäre. Mackert verneint dies und meint er habe keine solchen Graffiti gesehen. Dies sei eine Straftat und werde verfolgt. Dr. Mühleisen erwidert, dass so etwas in Gaiberg vorgekommen ist und zur Anzeige gebracht wurde.

Gemeinderat Sauerzapf spricht die Webcam an, deren Bilder auf der Website der Gemeinde zu sehen sind. Er fragt ob diese Bilder verwendet werden dürfen. Hauptamtsleiter Wenning antwortet, dass diese keine Bilder aufzeichnen würde. Zudem sei es problematisch, wenn darauf Personen zu erkennen sein sollten, daher ist das Bild bewusst leicht verschwommen.

Gemeinderat Dr. Haider meint, dass die Internet- und Telefonkriminalität zunimmt. Er fragt wie man sich verhalten soll, wenn man einen derartigen Anruf bekommt. Als Beispiel nennt er angebliche Anrufe von Microsoft, welche mehrmals am Tag aus dem Ausland erfolgten. Mackert rät dazu direkt aufzulegen und erläutert kurz die Taktik dieser Anrufer. Dr. Haider fragt nach Präventionsmöglichkeiten, woraufhin Mackert antwortet, er biete diesbezüglich Veranstaltungen an.

Dr. Mühleisen sagt daraufhin, dass der ökumenische Pflegeverein, als der „Enkeltrick“ damals aufkam, eine Präventionsveranstaltung dazu organisiert hatte. Leider kamen damals keine Besucher.

Der Hauptamtsleiter sagt, die Polizei bietet Hausbesuche für Hausbesitzer*innen an, um die Einbruchsprävention zu verbessern. Diese möchte er allen Bürgern ans Herz legen.

Beschluss

Der Gemeinderat nimmt die Kriminalentwicklung zur Kenntnis.

7. Eigenbetrieb der Wasserversorgung - Finanzplanung 2018 – 2022 –

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 27.02.2019 den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserversorgung mit Finanzplanung beschlossen, Das Kommunalrechtsamt hat mit Schreiben vom 01.04.2019 die Gesetzmäßigkeit bestätigt.

Es wurde allerdings festgestellt, dass sich bei den Erträgen im Erfolgsplan der Finanzplanung Additionsfehler eingeschlichen haben. Die Planzahlen stimmen, lediglich drei Additionssummen sind falsch, wie in der Vorlage die den Gemeinderäten vorliegt ersichtlich ist. Aus diesem Grund muss die Finanzplanung mit den korrigierten Zahlen nochmal beschlossen werden.

Beschluss

Die Finanzplanung 2018 – 2022 des Eigenbetriebes Wasserversorgung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

- einstimmig -

8. Neugestaltung Ortsmitte - Mehrkosten Schlussrechnung Rohbauarbeiten –

Im Zuge der Arbeiten zum neuen Ortsmittelpunkt sind im Rahmen der Rohbauarbeiten Mehrkosten in Höhe von 33.000 € angefallen. Diese müssen durch den Gemeinderat genehmigt werden.

Frau Ecker ist anwesend und erklärt die entstandenen Kosten im Detail. Gründe waren beispielsweise mehr gefundener Fels als erwartet und somit eine schlechtere Bodenklasse, Kosten für die Armierung der Faltdecke, witterungsbedingt höhere Kosten für die Baustelleneinrichtung usw. Das Gremium diskutiert die einzelnen Punkte eingehend und zeigt sich teilweise von der Kommunikationspolitik des Büros enttäuscht. Insbesondere die schlechte Bodenklasse, trotz vorangegangenen Gutachten, sorgt für Unmut. Die Mehrkosten hätten bekannt sein müssen.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt den Mehrkosten von 33.000 € an das Büro Niemann und Heselschwerdt zu.

Neun Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme (Gemeinderat Schätzle) und zwei Enthaltungen (Gemeinderäte Dr. Haider und Schuh).

9. Regularien für die Wahl der Bürgermeisterstellvertreter

In der letzten Gemeinderatssitzung vom 27. März 2019 wurde aus dem Gremium der Wunsch geäußert, Regularien für die Wahl der künftigen Bürgermeisterstellvertreter festzulegen. Einen Vorschlag seitens der Verwaltung gibt es dazu nicht.

Gemeinderat Dr. Haider meint man könne darüber nicht abstimmen, er wollte lediglich erreichen, dass sich alle Anwesenden an eine Übereinkunft halten. Als Konsens schlägt er vor, dass wer die meisten Stimmen erhält auch Stellvertreter wird.

Gemeinderat Schätzle meint ebenso, dass kein Beschluss gefasst werden kann. Die Stellvertreter sind frei zu wählen, Vorgaben sind nicht möglich. Ein Konsens sei immer unverbindlich.

Gemeinderat Dr. Mühleisen zitiert § 48 GemO, nachdem die Stellvertreter gewählt werden. Wenn man Absprachen trifft sei es keine echte Wahl.

Dr. Haider würde gerne eine „Mauschelei“ wie vor 5 Jahren vermeiden. In vielen Gemeinden sei das von ihm vorgeschlagene Vorgehen Usus.

Gemeinderat Volkmann meint er habe bereits in der letzten Sitzung geschildert wie die Wahlen damals gelaufen sind und warum es zu Unruhen kam. Die Stellvertreter müssen gewählt werden, ganz wie es in der Gemeindeordnung steht.

Gemeinderat Dr. Hennrich sagt, dies sei alles richtig. Es ginge um Fairness und die Einhaltung des Wählerwillens und man wolle dem neuen Gremium einen Anstoß geben. Volkmann sieht hier das Problem den Wählerwillen festzumachen und fragt sich, ob die Person mit den meisten Stimmen oder die Gruppierung mit den meisten Stimmen relevanter sei.

Gemeinderat Sauerzapf meint man habe sich mit dem Thema nun zweimal befasst. Der Posten des Stellvertreters sei niemandes „Anspruch“ oder „Besitz“, man kann aber aus Fehlern in der Vergangenheit lernen. Dies müsse man allerdings dem neuen Rat überlassen von dem er sich eine faire Wahl wünscht.

Gemeinderat Schuh meint man solle sich dazu nach der Wahl Gedanken machen. Die Vorsitzende ruft dazu auf, die Vergangenheit ruhen zu lassen und in die Zukunft zu schauen.

10. Künftige Regelung bei Veranstaltungen im BürgerForum für Vorträge von Vereinen

Die Regularien für künftige Veranstaltungen von Vereinen, welche der Allgemeinheit zugutekommen, sollen geändert werden. Das BürgerForum soll hierfür in Zukunft beitragsfrei zur Verfügung gestellt werden.

Am 29. Februar 2012 hat der Gemeinderat folgende Benutzungsgebühren beschlossen:

„Auszug

Aus dem Gemeinderatssitzungs-Protokollbuch, Beschluss Nr. 9
Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 29. Februar 2012 folgenden Beschluss gefasst:

9. Feststellung der Benutzungsgebühren für das BürgerForum „Altes Schulhaus“

Nach eingehender Diskussion sprach sich der Ausschuss dafür aus, dass die Nutzung des Großen Saales für Gaiberger Vereine eine Gebühr von 100,--€ zu verlangen. Bei einer Nutzung, welche eher einen wirtschaftlichen Hintergrund besitzt (Seminar, Vorträge usw.) soll eine Nutzungsgebühr von 200,-- € veranschlagt werden. Ferner sollen Getränke in Form eines Sektempfanges und kleine Häppchen möglich sein. Der Ausschuss sprach sich allerdings dafür aus, dass keine Konkurrenz zur einheimischen Gastronomie entstehen darf.

Ferner soll die Auf- und Abstuhlung durch den Bauhof erfolgen.

Für den kleinen Bürgersaal bzw. die Turmstube soll eine Gebühr von 20,-- € veranlagt werden.

Beschluss:

Für die Nutzung des BürgerForums „Altes Schulhaus“ sind folgenden Gebühren zu berechnen:

Nutzung des Großen Saales für Gaiberger Vereine 100,-- €

Für sonstige Veranstaltungen 200,-- €. Hierbei dürfen Getränke und kleine Speisen in Form und Umfang eines Sektempfanges angeboten werden.

Für die Nutzung der Turmstube und des zweiten Saales ist jeweils eine Gebühr von 20,-- € zu entrichten. -einstimmig-,

Gemeinderat Volkmann hat bereits in der letzten Sitzung den Vortrag des Heimat- und Kulturvereins angesprochen, welcher kostenlos und interessant für die Bürger war. Wenn für Veranstaltungen Eintritt verlangt wird ist es für ihn nicht vorstellbar, das Bürgerforum dafür kostenlos zur Verfügung zu stellen, für kostenlose Veranstaltungen schon.

Gemeinderat Dr. Haider stimmt dem zu und würde dies auf Benefizveranstaltungen erweitern.

Das Gremium diskutiert kurz über vergangene Veranstaltungen und das bisherige Vorgehen.

Hauptamtsleiter Wenning findet es wichtig, klare Regeln aufzustellen um zu wissen wo die Grenze ist. Jeder müsse gleich behandelt werden und die Verwaltung müsse in der Lage sein, nach außen klar zu vertreten für wen und was die Regelung gilt.

Die Vorsitzende möchte vermeiden, künftig alle Veranstaltungen vor den Gemeinderat bringen zu müssen.

Gemeinderat Sauerzapf meint man könne nicht alles abschätzen, nur ein Grundgerüst schaffen. Eintritt und Verkaufsumbitionen sieht er als entscheidende Kriterien.

Gemeinderat Schätzle sagt es wird sicherlich immer wieder schwierige Situationen geben. Als Beispiel nennt er Apothekerschulungen für die zwar bezahlt werden müsse, die aber trotzdem allen Bürgern dienen. Er fragt wie damit umgegangen werden soll.

Dr. Haider fragt ob der Veranstalter entscheidend ist, also ob es sich um einen Verein oder jemand anderen handelt.

Volkmann meint, die Bürgermeisterin könne in solchen Fällen, wie zuletzt beim Heimat- und Kulturverein, abwägen ob es sich um eine kommerzielle Veranstaltung oder eine die den Bürgern zugutekommt handelt. Diese meint, es sei wichtig, dass kein Eintritt verlangt wird.

Gemeinderat Schuh sieht hier das Problem, dass wenn ein Referent Geld kostet, gegebenenfalls Eintritt verlangt wird, um diese Kosten zu denken, aber letztlich trotzdem kein Gewinn erzielt wird.

Beschluss

Die Gemeinde stellt, bei Veranstaltungen die der Allgemeinheit dienen und nicht kommerzielle Interessen verfolgen, das Bürgerforum beitragsfrei zur Verfügung.

- einstimmig –

11. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Gutachterausschusses auf die Stadt Sinsheim

In der Gemeinderatssitzung am 18. Juli 2018 hat der Gemeinderat zugestimmt, die Tätigkeit des Gutachterausschusses auf die Stadt Sinsheim zu übertragen. Der entsprechende Vertrag liegt inzwischen vor und ging den Ratsmitgliedern mit der Sitzungsvorlage zu.

Gemeinderat Dr. Haider fragt ob die ermittelten Daten des Gutachterausschusses öffentlich zugänglich sein werden und erhält von der Vorsitzenden die Auskunft, dass auch bereits jetzt die Bodenrichtwerte, unter anderem im Internet, eingesehen werden können.

Beschluss

Der Vertrag wird von Seiten des Gemeinderats genehmigt.

- einstimmig -

12. Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und Stellplatz auf dem Grundstück Flst. Nr. 1073, Heidelberger Str. 12

Die Grundstückseigentümer planen die Errichtung eines Einfamilienhauses, Das fragliche Grundstück liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Friedhof“. Es sind mehrere Befreiungen notwendig.

So wird das Baufenster in nördliche Richtung überschritten. Allerdings wird das Baufenster in südliche Richtung bei weitem nicht ausgenutzt.

Ferner wird die vorgeschriebene Firstrichtung parallel zur Straße nicht eingehalten, sondern in Ost-West-Richtung gedreht. Dies ist notwendig um eine Photovoltaikanlage besser nutzen zu können.

Des Weiteren soll in der Abstandfläche zum Friedhof eine Regenwasserzisterne vergraben werden. Gemäß Bebauungsplan ist diese Fläche von einer Bebauung frei zu halten.

Ebenfalls soll die Fassade in einer Holzverschalung ausgeführt werden. Gem. Bebauungsplan ist die Fassade als Putzfassade auszubilden.

Ferner sind Wohnungsfenster zweiflügelig in vertikaler Teilung oder Einzelfenster in stehend-rechteckiger Form auszubilden. Hier wird eine modernere Fensterteilung gewählt.

Hauptamtsleiter Wenning erläutert das Bauvorhaben und schlägt bezüglich der Überschreitung in Nordrichtung eine Flächenkompensationslast im Süden vor. Das Gremium bespricht kurz die verschiedenen Punkte.

Beschluss

Das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB wird mit der Maßgabe erteilt, dass die Überschreitung des Baufensters in Nordrichtung durch eine entsprechende Baulast in Südrichtung gesichert wird.

- einstimmig -

13. Verschiedenes

Das Weihnachtsergebnis von 2018 liegt den Gemeinderäten als Tischvorlage vor.

Zu der Angelegenheit mit der Feuerwehrgarage möchte die Vorsitzende festhalten, dass es sich hier um das Verschulden der Firma Zapf handelt.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 21.41 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Nina Wesselky
Angestellte

Bekanntgabe zur Ansiedlung eines Einkaufsmarktes

Zu den Gerüchten die bezüglich des Einkaufsmarktes in Gaiberg kursieren, möchte ich eine Stellungnahme der Verwaltung und des Gemeinderates abgeben.

Wie bei solchen Projekten üblich, hat die Gemeinde Gaiberg die Vertragsentwürfe an die Rechtsaufsicht zur Prüfung gegeben. Von dieser gab es einen Hinweis zu den Erschließungskosten, im Verhältnis zum Kaufpreis. Wir haben hierzu ein Gutachten des Bodenwertes in Auftrag gegeben. Der Bodenwert für ein vollerschlossenes Grundstück wurde mit 80 € je qm² bewertet. Die Erschließungskosten liegen nach aktuellen Berechnungen über diesem Wert, die abschließenden Kosten können aber erst nach den Ausschreibungen berechnet werden.

Aktuell prüft die Gemeinde wieviel Geld eingespart werden kann, wenn die Erschließung des Gewerbegebietes zusammen mit dem Wohngebiet erfolgt. Sollten dabei große Summen eingespart werden können, müssen wir entscheiden, was uns wichtiger ist. Geld zu sparen und damit z.B. die Kindereinrichtungen zu modernisieren oder lieber das Gewerbegebiet ein paar Monate früher fertig zu stellen.

Der Investor hat weiter Interesse, allerdings kann es auch sein, dass wir das Grundstück noch ausschreiben oder ein Bieterverfahren durchführen müssen. Diese Entscheidung wird von der Rechtsaufsicht des LRA abhängen, welche Auflagen zum Verkauf noch gemacht werden. Ich bin optimistisch, dass Gaiberg früher oder etwas später seinen Einkaufsmarkt bekommt.

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin



Antrag auf Schaffung eines behindertengerechten Zugangs zur Kreuzung Pfarrgasse Hauptstraße

Einleitung

Im Zuge der Bebauung der Dorfmitte sind die beiden treppenlosen Gehwege vom unteren Teil der Hauptstraße zur oberen Ebene, Kreuzung Pfarrgasse – Hauptstraße, weggefallen. Dadurch gibt es derzeit keine Möglichkeit für Kinderwagen, Rollatoren oder Rollstühle vom Hinterdorf kommend diese obere Ebene zu erreichen. Dies wurde bisher mit dem Verweis auf den kommenden Fahrstuhl im Rahmen der Rathaussanierung verschoben und deshalb vom Gemeinderat (auch von der Grünen Liste) so akzeptiert. Obwohl dieses Problem seit der Vorstellung der verschiedenen Entwürfe in der Bürgerversammlung im Oktober 2015 bekannt ist (s. Protokoll der BV), wurde dieses Problem für die Zeit vom Wegfall der beiden Wege an der Straße vor dem Rathaus, bis zur Errichtung eines Fahrstuhls, nicht angegangen. Deshalb stellen wir heute zwei Anträge

Antrag 1.

Die **Grüne Liste** beantragt, umgehend mit dem Büro für Baukonstruktionen in Karlsruhe, das mit der Rathaussanierung beauftragt ist, zu prüfen:

1. ob eine Zwischenlösung, z.B. durch eine Rampe vom Rathaushof, bis zur Fertigstellung des Rathauses möglich ist, **oder**
2. ob und wann es evtl. eine Lösung mit einem Fahrstuhl geben könnte. Dieser Fahrstuhl soll später den im Rahmen der Rathaussanierung vorgesehenen Lift, der für den Innenbereich geplant ist, ersetzen.

Diese beiden Möglichkeiten sollen umgehend bzgl Zeit und Kosten von dem Fachbüro untersucht werden.

Antrag 2.

Gleichzeitig beantragt die **Grüne Liste**, dass unabhängig von der hier unter 1. beantragten Maßnahme, der Bereich für den „Rathaus-Buckel“ gleichzeitig mit der Fertigstellung der Dorfmitte, zur „Verkehrsberuhigten Zone“ erklärt wird. Entsprechende Maßnahmen sind beim Straßenverkehrsamt umgehend einzuleiten.

Gaiberg, 08.05.2019

Dr. Max. Haider

Dr. Hans-Jürgen Hennrich

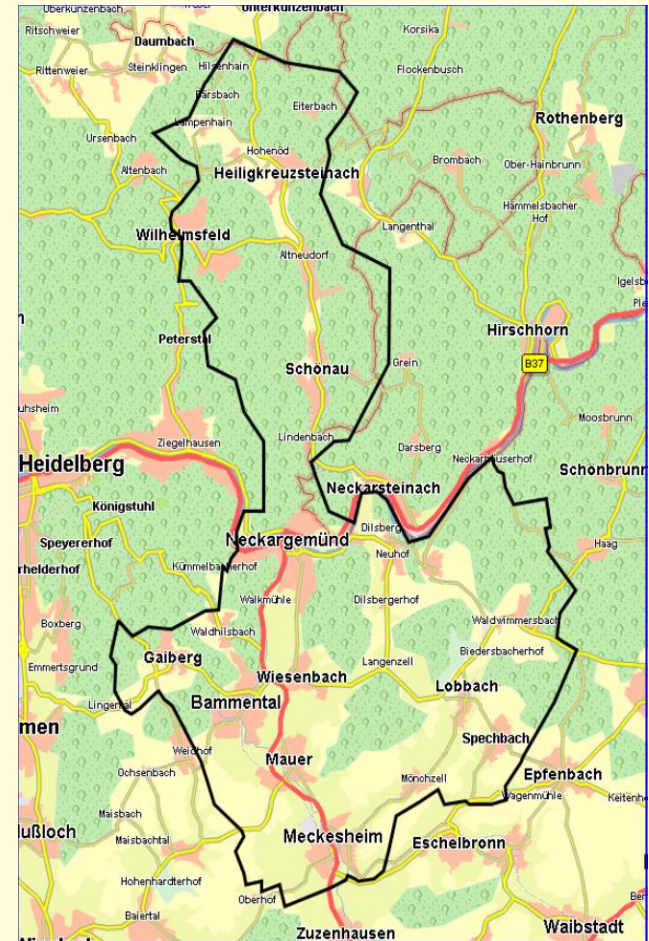
Gunther Senghas

Alexander Trost

Kriminalitätsentwicklung 2018

im Bereich des Polizeireviers Neckargemünd

Gerhard Mackert
Erster Kriminalhauptkommissar
Bahnhofstraße 39, 69151 Neckargemünd, Tel. 06223/9254-100



- **Bedeutung und Grenzen der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS)**
- **Straftaten gesamt (ohne Verkehrsdelikte)**
PP Mannheim: 73.991 Straftaten (-847 Fälle)
Gesamter Revierbereich: 1426 Straftaten (+118 Fälle)
Gaiberg: 57 (+22 Fälle)
- **Häufigkeitszahl**
PP Mannheim: 7287 (-129)
Gesamter Revierbereich: 2915 (+230)
Gaiberg: 2419 (+943)
- **Aufklärungsquote**
PP Mannheim: 59,5 % (+1,9)
Gesamter Revierbereich: 57,3 % (-7,1)
Gaiberg: 33,3 % (-13,6)
- **Vergleichende Übersicht / Regionale Betrachtungen nach Stadt- bzw. Gemeindegrenzen**
- **Exkurs: Verkehrslagebild 2018**

PKS für den gesamten Zuständigkeitsbereich des PP Mannheim

Straftat	Ø-Wert 5 Jahre	2014	2015	2016	2017	2018	Änderung		Trend ¹	AQ in %	
							absolut	in %		2017	2018
Einwohner	999.490	979.816	989.288	1.003.906	1.009.095	1.015.343	6.248	0,6	↔		
Häufigkeitszahl (Kriminalitätsbelastung) ²	7.364	6.974	7.499	7.645	7.416	7.287	-129	-1,7	↔		
Straftaten gesamt	73.620	68.333	74.190	76.749	74.838	73.991	-847	-1,1	↔		
aufgeklärte Fälle	41.686	37.447	41.350	42.369	43.213	44.050	837	1,9	↔	57,7	59,5
Straft. ges. o. AufenthG/AsylVfG	71.484	67.598	71.994	74.686	72.324	70.819	-1.505	-2,1	↓	56,3	57,7
Bearbeitungsanteil Kriminalpolizei	10,2%	7,4%	10,0%	11,0%	11,1%	11,3%	0,2				

PKS Vergleich

Rhein-Neckar-Kreis und Prev. Neckargemünd

Rhein-Neckar-Kreis

Straftat	Ø-Wert 5 Jahre	2014	2015	2016	2017	2018	Änderung		Trend ¹	AQ in %	
							absolut	in %		2017	2018
Einwohner	539.749	531.013	534.729	541.859	544.400	546.745	2.345	0,4	↔		
Häufigkeitszahl (Kriminalitätsbelastung) ²	4.462	4.434	4.498	4.651	4.335	4.392	57	1,3	↔		
Straftaten gesamt	24.083	23.545	24.053	25.200	23.601	24.015	414	1,8	↔		
aufgeklärte Fälle	13.338	12.697	13.083	13.555	13.621	13.735	114	0,8	↔	57,7	57,2
Straft. ges. o. AufenthG/AsyVfG	23.834	23.275	23.816	24.974	23.315	23.789	474	2,0	↗	57,2	56,8
Bearbeitungsanteil Kriminalpolizei	10,5%	7,8%	11,0%	11,8%	10,0%	12,1%	2,1				

PRev Neckargemünd

Straftat	Ø-Wert 5 Jahre	2014	2015	2016	2017	2018	Änderung		Trend ¹	AQ in %	
							absolut	in %		2017	2018
Einwohner	48.569	48.287	48.342	48.583	48.710	48.923	213	0,4	↔		
Häufigkeitszahl (Kriminalitätsbelastung) ²	2.951	3.162	3.057	2.935	2.685	2.915	230	8,6	↗		
Straftaten gesamt	1.433	1.527	1.478	1.426	1.308	1.426	118	9,0	↗		
aufgeklärte Fälle	882	992	953	808	842	817	-25	-3,0	↘	64,4	57,3
Straft. ges. o. AufenthG/AsyVfG	1.430	1.520	1.476	1.426	1.305	1.424	119	9,1	↗	64,3	57,2
Bearbeitungsanteil Kriminalpolizei	11,1%	7,9%	14,7%	11,0%	8,6%	13,3%	4,7				

PKS - Eckdaten in Gaiberg

Schl.	Straftat	Ø-Wert 5 Jahre	2014	2015	2016	2017	2018	Änderung		Trend ¹	AQ in %	
								absolut	in %		2017	2018
	Ewo Einwohner	2.382	2.383	2.418	2.380	2.372	2.356	-16	-0,7	↔		
	Hz Häufigkeitszahl (Kriminalitätsbelastung) ²	1.782	1.721	1.572	1.723	1.476	2.419	943	63,9	↑		
	----- Straftaten gesamt	42	41	38	41	35	57	22	62,9	↑		
	----- aufgeklärte Fälle	20	17	19	21	22	19	-3	-13,6	↓	62,9	33,3

Ausgewählte Straftaten in Gaiberg

0000** Straftaten gegen das Leben	0	0	0	0	0	0	0	0,0	↔		
1000** ST gg. sex. Selbstbestimmung	0	0	0	0	2	0	-2	-100,0	↓	100,0	
2000** Rohheit/persönl. Freiheit	4	3	6	6	3	3	0	0,0	↔	66,7	66,7
2200** Körperverletzung	4	3	5	5	3	2	-1	-33,3	↓	66,7	50,0
***** Diebstahl insgesamt	15	15	12	17	10	21	11	110,0	↑	50,0	4,8
3***** Diebstahl o. erschw. Umstände	6	6	4	8	5	8	3	60,0	↗	60,0	12,5
4***** Diebstahl u. erschw. Umständen (BSD)	9	9	8	9	5	13	8	160,0	↑	40,0	0,0
435*** Wohnungseinbruchdiebstahl	4	4	5	5	2	2	0	0,0	↔	0,0	0,0
436*** Tageswohnungseinbr.(TWE)	2	2	2	0	2	2	0	0,0	↔	0,0	0,0
450*** BSD an/aus Kfz	2	3	0	4	0	4	4	400,0	↑		0,0
5000** Vermög.- u. Fälschungsdelikte	7	5	4	4	8	14	6	75,0	↑	75,0	50,0
6000** Sonstige Straftatbestände StGB	13	15	16	11	11	13	2	18,2	↗	54,5	23,1
6740** Sachbeschädigung	10	12	12	9	7	9	2	28,6	↗	28,6	0,0
7000** Strafrechtliche Nebengesetze	3	3	0	3	1	6	5	500,0	↑	100,0	100,0
7300** Rauschgiftdelikte nach BtMG	2	3	0	1	1	5	4	400,0	↑	100,0	100,0

Kriminalstatistik 2018

vergleichende Übersicht für den Dienstbezirk des PRev Neckargemünd

Bereich (Dienstbezirk)	Straftaten 2017	Straftaten 2018	Zu-/Ab- nahme absolut	Zu-/Ab- nahme prozentual	aufgeklärte Straftaten 2018	Aufklärungsquote
PP Mannheim gesamt	74838	73991	-847	-1,1%	44050	59,5%
Rhein-Neckar-Kreis	23601	24015	414	1,8%	13735	57,2%
Dienstbezirk PRev Neckargemünd	1308	1426	118	9,0%	817	57,3%
Bezirksdienst des Revier						
Stadtgebiet Neckargemünd	524	580	56	10,7%	371	64,0%
Wiesenbach	51	56	5	9,8%	30	53,6%
Dienstbezirk Pp Meckesheim						
Bammental	175	192	17	9,7%	104	54,2%
Gaiberg	35	57	22	62,9%	19	33,3%
Lobbach	50	47	-3	-6,0%	27	57,4%
Mauer	88	54	-34	-38,6%	18	33,3%
Meckesheim	163	195	32	19,6%	97	49,7%
Spechbach	20	25	5	25,0%	18	72,0%
Dienstbezirk Pp Schönau						
Heiligkreuzsteinach	33	41	8	24,2%	22	53,7%
Schönau	104	125	21	20,2%	79	63,2%
Wilhelmsfeld	65	54	-11	-16,9%	32	59,3%

Verkehrssicherheitsarbeit im Bereich des Polizeireviers Neckargemünd 2018

- 63 Kraftfahrzeugführer waren alkoholisiert, 35 weitere standen unter Drogeneinfluss
- 14 Kfz.-Führer verursachten einen Unfall unter Alkoholeinwirkung

Verkehrsunfalllagebild Prev. Neckargemünd

- Mehr Verkehrsunfälle (988 = +52)
 - davon 569 Kleinstunfälle
- Hauptunfallursache in Neckargemünd:
ungenügender Sicherheitsabstand

- Mehr Rad-Unfälle (32 = +10)
- Mehr Fußgänger-Unfälle (12 = +6)
- LKW-Unfall (42 = gleich)
- Mehr Motorrad-Unfälle (32 = +6)

- Erheblich mehr Unfälle mit Kindern (16 =+8, davon 3 schwerverletzte Kinder)
- Kein Schulwegunfall (2017: 2)
- Verkehrsunfallfluchten bleiben auf hohem Niveau (257 = +23, davon 94 Fälle geklärt)